



öffentlicher | Dr. Peter
Notar | **Konradt**

AZ 7340-Mag.N/W

FN 388999 h

Landesgericht für ZRS Graz
- Firmenbuch -
Marburger Kai 49
8010 Graz

Für das Landesgericht für ZRS Graz, Firmenbuch, bestimmte

BEURKUNDUNG

über den vollständigen Wortlaut des **Gesellschaftsvertrages** der

MAKAva delighted GmbH

mit dem Sitz in der politischen Gemeinde Graz.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Erstens ----- **FIRMA** -----

Die Parteien errichten hiermit eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Sinne des Gesetzes vom 06.03.1906 (sechsten März neunzehnhundertsechs) Reichsgesetzblatt Nummer 58 (achtundfünfzig) über Gesellschaften mit beschränkter Haftung unter der Firma -----

----- **MAKAvA delighted GmbH** -----

Zweitens ----- **SITZ** -----

Sitz der Gesellschaft ist in der politischen Gemeinde Graz. -----

Die Gesellschaft ist berechtigt an anderen Orten des In- und Auslandes Zweigniederlassungen zu errichten. -----

Drittens ----- **GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS** -----

Gegenstand des Unternehmens sind: -----

- a) die Verwertung der Marke MAKAvA, -----
- b) Erzeugung, (Produktion), Handel und Vertrieb von Waren aller Art, insbesondere dem „MAKAvA – delighted ice tea“, -----
- c) der Erwerb und die Verwaltung sowie die Veräußerung von Liegenschaften, -----
- d) der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen, -----
- e) die Ausübung des Hotel- und Gastgewerbes in allen Betriebsarten, -----
- f) die Projektentwicklung, Projektbeteiligung und Projektfinanzierung, -----
- g) die Vermietung und Verpachtung, -----
- h) die kontinuierliche Verbesserung des sozialökologischen Unternehmens MAKAvA. -----

Die Gesellschaft ist berechtigt, gleichartige oder ähnliche Betriebe zu erwerben, sich an solchen in jeder Form zu beteiligen, den Geschäftsbetrieb auf verwandte Zweige jeder Art auszudehnen, die Geschäftsführung an anderen Unternehmungen zu übernehmen und alles zu tun, was zur Erreichung und Förderung des Gesellschaftszweckes mittelbar oder unmittelbar erforderlich oder dienlich ist. -----

Viertens ----- GESELLSCHAFTSKAPITAL -----

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 35.000,-- (Euro fünfunddreißigtausend). Dieses Stammkapital wird von den Gesellschaftern wie folgt übernommen und eingezahlt: -----

- 1) Herr Diplomingenieur (FH) Michael Franz Josef Wihan übernimmt eine Stammeinlage von € 21.700,-- (einundzwanzigtausendsiebenhundert Euro) und leistet hierauf eine Bareinzahlung von € 21.700,-- (Euro einundzwanzigtausendsiebenhundert), -----
 - 2) Herr Diplomingenieur (FH) Jan Anders Karlsson übernimmt eine Stammeinlage von € 13.300,-- (dreizehntausenddreihundert Euro) und leistet hierauf eine Bareinzahlung von € 13.300,-- (Euro dreizehntausenddreihundert). -----
-
-
-

Fünftens ----- DAUER UND GESCHÄFTSJAHR -----

Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet. -----

Das erste Geschäftsjahr beginnt mit der Eintragung der Gesellschaft in das Firmenbuch und endet am darauffolgenden 31.12. (einunddreißigsten Dezember). In der Folge sind die Geschäftsjahre gleich den Kalenderjahren. -----

Sechstens ----- GESCHÄFTSFÜHRUNG UND VERTRETUNG -----

Die Gesellschaft hat einen, zwei oder mehrere Geschäftsführer. Sind zwei oder mehrere Geschäftsführer bestellt, wird das Vertretungsrecht der Geschäftsführer mit dem Bestellungsbeschluss geregelt. -----

Der Gesellschafter Diplomingenieur (FH) Michael Franz Josef Michael Wihan hat ab 01.01.2035 einmalig das Recht eine Person zum Geschäftsführer der Gesellschaft zu nominieren bzw. eine Abberufung zu verlangen. Dieses Recht ist allerdings erst dann endgültig konsumiert, wenn die nominierte Person nicht bereits in der Probezeit wieder abberufen wird. Die übrigen Gesellschafter der Gesellschaft sind verpflichtet, für die Annahme des diesbezüglichen Antrags des nominierungsberechtigten Gesellschafters zu stimmen. Dieses Recht gilt auch nach einem allfälligen Rücktritt/einer Abberufung d.h. solange eine von der Diplomingenieur (FH) Michael Franz Josef Michael Wihan nominierte Person, nicht bereits Geschäftsführer ist. Dieses Nominie-

rungsrecht steht jeweils nur für die Dauer einer Beteiligung an der Gesellschaft von jeweils zumindest 50 % (fünfzig Prozent) zu und geht nicht auf allfällige Rechtsnachfolger über, unabhängig davon, ob es sich um Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolge handelt. Das Nominierungsrecht steht weiters unter der Bedingung, dass Diplomingenieur (FH) Michael Franz Josef Michael Wihan zum 01.01.2035 noch Geschäftsführer der Gesellschaft ist. -----

Die Vertretung durch zwei Gesamtprokuristen ist mit der Einschränkung des § 49 (Paragraf neunundvierzig) Unternehmensgesetzbuch zulässig. -----

Siebentens -- JAHRESABSCHLUSS UND GEWINNVERTEILUNG -----

Der Jahresabschluss ist nach den jeweils geltenden Rechnungslegungsvorschriften unter Verantwortlichkeit des oder der Geschäftsführer innerhalb der ersten fünf Monate des Geschäftsjahres für das abgelaufene Geschäftsjahr aufzustellen und nach Erstellung unverzüglich sämtlichen Gesellschaftern zur Genehmigung und Feststellung vorzulegen. -----

Der Jahresabschluss ist nach den jeweils geltenden Rechnungslegungsvorschriften unter Verantwortlichkeit des oder der Geschäftsführer innerhalb der ersten fünf Monate des Geschäftsjahres für das abgelaufene Geschäftsjahr aufzustellen und nach Erstellung unverzüglich sämtlichen Gesellschaftern zur Genehmigung und Feststellung vorzulegen. -----

Von dem im festgestellten Jahresabschluss ausgewiesenen Bilanzgewinn ist jährlich bis zum 30.08. eines jeden Jahres ein Betrag, der 49% des im festgestellten Jahresabschluss ausgewiesenen Jahresüberschusses (§ 231 Abs 2 Z 21 bzw § 231 Abs 3 Z 20 UGB) entspricht, ohne gesonderte Beschlussfassung an die Gesellschafter auszuschütten. Mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen kann beschlossen werden, dass jährlich ein Betrag von maximal EUR 30.000,00 einer freien Rücklage oder einer Gewinnrücklage zugeführt wird. Die Bildung von weiteren Rücklagen durch die Geschäftsführer oder durch entsprechenden Beschluss der Generalversammlung – ausgenommen die Bildung von gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Rücklagen – sowie eine Beschlussfassung über eine von Satz 1 abweichende Gewinnverwendung bedürfen eines Gesellschafterbeschlusses mit einer Mehrheit von 75 % (fünfundsiebzig Prozent) der abgegebenen Stimmen. -----

Die Gesellschafter können auch eine alineare Gewinnverteilung beschließen, die neben einem Gesellschafterbeschluss auch der Zustimmung des betroffenen Gesellschafters bedarf, dessen Gewinnansprüche gekürzt werden sollen. -----

Achtens ----- GENERALVERSAMMLUNG -----

Die Generalversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder in einer österreichischen Landeshauptstadt oder an jedem anderen Ort in Österreich, an welchem ein öffentlicher Notar seinen Amtssitz hat, statt. -----

Die Einberufung erfolgt grundsätzlich durch die Geschäftsführer, wobei bei Vorhandensein mehrerer jeder allen zur Berufung berechtigt ist; in besonders dringenden Fällen steht es auch jedem Gesellschafter frei, die Einberufung der Generalversammlung vorzunehmen. -----

Die Einberufung der Generalversammlung hat mittels eingeschriebenen Briefes unter Mitteilung der Tagesordnung zu erfolgen. -----

Zwischen der Absendung der Einladung und dem Tag der Versammlung muss mindestens eine Frist von zwei Wochen liegen. Der Tag der Absendung der Einladung und der Tag der Generalversammlung sind hierbei nicht mitzurechnen. -----

Beschlüsse der Gesellschafter in der Generalversammlung werden, soweit das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag nicht zwingend etwas anderes bestimmt, durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. -----

Nachstehende Beschlüsse bedürfen soweit das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag nicht zwingend etwas anderes bestimmt, einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen. -----

- a) Beschlüsse über Vereinbarung von Gewinngemeinschaften, Organschaften und ähnliche Verträge, -----
- b) Zustimmung zur Übertragung, Teilung oder Belastung eines Gesellschaftsanteils, Einräumung einer Unterbeteiligung und Eintritt eines stillen Gesellschafters, -----
- c) Bestellung sowie Abberufung von Geschäftsführern und Prokuristen, -----
- d) Neuaufnahme von Gesellschaftern, -----
- e) Beschlüsse über die Auflösung der Gesellschaft sowie die Aufgabe des Geschäftsbetriebes oder wesentliche Teile hiervon, -----
- f) Bestellung von Liquidatoren. -----

Nachstehende Beschlüsse bedürfen soweit das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag nicht zwingend etwas anderes bestimmt, einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen. -----

- a) Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich der Änderung des Unternehmensgegenstandes, -----
- b) Beschlüsse über Fusionen sowie Maßnahmen nach dem Umgründungssteuergesetz und ähnlicher Normen, -----
- c) Änderung des Stammkapitals. -----

 Beschlüsse können auch auf schriftlichem Wege gefasst werden, wenn sämtliche Gesellschafter damit einverstanden sind. Bei der Abstimmung im schriftlichen Weg wird die erforderliche Mehrheit nicht nach der Zahl der abgegebenen Stimmen, sondern nach der Gesamtzahl der allen Gesellschaftern zustehenden Stimmen berechnet. ----

Die Beschlüsse der Generalversammlung sind unverzüglich nach Beschlussfassung in einer Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschriften sowie die auf schriftlichen Weg gefassten Beschlüsse der Gesellschafter sind geordnet aufzubewahren und von der Geschäftsführung in Kopie den Gesellschaftern unverzüglich nachweislich zu übermitteln. -----

Je € 10,-- (Euro zehn) einer übernommenen Stammeinlage gewähren eine Stimme, jedoch muss jedem Gesellschafter mindestens eine Stimme zustehen. -----

Neuntens ----- GESCHÄFTSANTEILE -----

Der Geschäftsanteil jedes Gesellschafter bestimmt sich nach der Höhe der von ihm übernommenen Stammeinlage. -----

Die Geschäftsanteile sind teilbar, übertragbar und vererblich. -----

Zehntens ----- VORKAUFS- UND AUFGRIFFSRECHTE -----

Die nachstehenden Regelungen gelten für sämtliche Gesellschafter. Hinsichtlich des Geschäftsanteiles des Gesellschafter Diplomingenieur (Fachhochschule) Klaus Kri-vacek unter Berücksichtigung der Modifizierung gemäß Absatz (10). -----

- (1) Die entgeltliche oder unentgeltliche Übertragung von Geschäftsanteilen oder Teilen von Geschäftsanteilen unter Lebenden an Mitgesellschafter ist jederzeit möglich. -----
- (2) Im Falle des Ablebens eines Gesellschafter geht dessen Geschäftsanteil auf seine Erben oder die von ihm von Todes wegen berufenen Personen über, welche voll und uneingeschränkt in die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag eintreten. Die Erben (Legatäre) sind jedoch verpflichtet, den ererbten Geschäftsanteil binnen Monatsfrist nach rechtskräftiger Einantwortung des Nachlasses den übrigen Gesellschaftern zum Erwerb anzubieten, welchen hieran ein Aufgriffsrecht im Verhältnis der von ihnen übernommenen Stammeinlagen zu-steht. Für die Geltendmachung des Aufgriffsrechtes gelten die Bestimmungen der Absätze „fünf“ und „sechs“ dieses Vertragspunktes analog. -----
 Für die Festsetzung des Abtretungspreises für einen aufgriffsweisen Erwerb des Geschäftsanteiles eines verstorbenen Gesellschafter gilt Punkt „Elftens“ dieses Vertrages. -----

Wird der Geschäftsanteil des verstorbenen Gesellschafters nicht oder nicht vollständig von zumindest einem Gesellschafter aufgegriffen, sind die Erben (Legatäre) berechtigt, als Gesellschafter in der Gesellschaft zu verbleiben. -----

- (3) Beabsichtigt ein Gesellschafter, seinen Geschäftsanteil oder einen Teil seines Geschäftsanteiles an Nichtgesellschafter zu übertragen, so wird den übrigen Gesellschaftern hiermit für den Fall der entgeltlichen Übertragung ein Vorkaufsrecht im Sinn der §§ 1072 ff ABGB (Paragraphen eintausendzweiundsiebzig folgende des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches) und für den Fall der unentgeltlichen Übertragung ein Aufgriffsrecht nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen eingeräumt. Sollten sich die Gesellschafter über die Ausübung dieses Vorkaufs- beziehungsweise Aufgriffsrechtes nicht einigen, so steht ihnen dieses Recht im Verhältnis der von ihnen übernommenen Stammeinlagen zu. ---
- (4) Der abtretungswillige Gesellschafter hat den übrigen Gesellschaftern die maßgeblichen Bedingungen für die entgeltliche Abtretung mittels eingeschriebenen Briefes oder Telefaxnachricht bekannt zu geben. Im Fall der unentgeltlichen Übertragung unter Lebenden ist der abtretungswillige Gesellschafter verpflichtet, seinen Geschäftsanteil den übrigen Gesellschaftern zum Erwerb anzubieten.
- (5) Den übrigen Gesellschaftern steht für die Ausübung ihres Vorkaufs- beziehungsweise Aufgriffsrechtes eine Frist von vier Wochen ab Zugang der Mitteilung gemäß Absatz (4) zu. -----
- (6) Sollten nicht alle übrigen Gesellschafter von ihrem Vorkaufs- beziehungsweise Aufgriffsrecht innerhalb dieser Frist durch Erklärung gegenüber dem abtretungswilligen Gesellschafter Gebrauch machen, so wächst deren Recht den Gesellschaftern, die ihr Recht fristgerecht ausgeübt haben, nach Maßgabe der von ihnen übernommenen Stammeinlagen zu. Der abtretungswillige Gesellschafter ist verpflichtet, den kauf- beziehungsweise aufgriffswilligen Gesellschaftern von der Nichtausübung durch einzelne Gesellschafter Mitteilung zu machen. Diese haben das Recht, innerhalb einer weiteren Frist von vier Wochen ab Zugang der Mitteilung ihr Vorkaufs- beziehungsweise Aufgriffsrecht hinsichtlich des gesamten abzutretenden Geschäftsanteiles- im Verhältnis der von ihnen übernommenen Stammeinlagen oder einvernehmlich verschoben- zu erwerben. -----
Der abtretungswillige Gesellschafter ist nur dann zur Abtretung seines Geschäftsanteiles oder Teiles seines Geschäftsanteiles verpflichtet, wenn dieser von den übrigen Gesellschaftern vollständig übernommen wird. -----
- (7) Wird der abzutretende Geschäftsanteil oder Teil eines Geschäftsanteiles nicht oder nicht vollständig von zumindest einem Gesellschafter übernommen, ist der abtretungswillige Gesellschafter frei, den Geschäftsanteil zu den den Gesellschaftern bekannt gegebenen Bedingungen abzutreten. -----
- (8) Sollten Treuhandverträge in gesetzlich vorgeschriebener Form bestehen, und der Gesellschaft nachweislich schriftlich bekannt gegeben worden sein, so gelten bei Aufhebung des Treuhandverhältnisses oder bei Wechsel des Trenehmers nicht die Bestimmungen dieses Vertragspunktes, sodass entsprechende Übertragungen des Geschäftsanteiles oder Teile eines Geschäftsanteiles im Falle

der Aufhebung des Treuhandverhältnisses, oder Wechsel des Trenehmers keiner Zustimmung bedürfen. -----

- (9) Das für den Fall des Ablebens eines Gesellschafters eingeräumte Aufgriffsrecht findet auch auf den Fall Anwendung, dass eine Person den Geschäftsanteil eines Gesellschafters, über dessen Vermögen ein gerichtliches Insolvenzverfahren eröffnet wurde oder gegen den die Exekution bewilligt wurde, erwirbt. Diese Person ist ebenfalls verpflichtet, den Geschäftsanteil nach Maßgabe der vorgenannten Bedingungen an die Mitgesellschafter abzutreten. -----
- (10) Hinsichtlich des Geschäftsanteiles des Diplomingenieur (Fachhochschule) Klaus Krivacek steht den übrigen Gesellschaftern Diplomingenieur (Fachhochschule) Michael Franz Josef Wihan und Diplomingenieur (Fachhochschule) Jan Anders Karlsson ein Aufgriffs- beziehungsweise Vorkaufsrecht je zur Hälfte zu. Der Aufgriffs- beziehungsweise Vorkaufspreis berechnet sich für den Geschäftsanteil des Diplomingenieur (Fachhochschule) Klaus Krivacek wie folgt: Anteiliger Buchwert der Gesellschaft zuzüglich eines Firmenwertes, der sich wie folgt berechnen soll: Durchschnittliches Jahresergebnis gemäß § 231 (zweihundert-einunddreißig) (2 (zwei)) Ziffer 21 (einundzwanzig) Unternehmensgesetzbuch der letzten beiden vollen Jahre vor dem Stichtag der Beendigung des Dienstverhältnisses, multipliziert mit dem Faktor 3 (drei). -----

Elftens ----- ABTRETUNGSPREIS -----

Der Abtretungspreis für die in diesem Gesellschaftsvertrag geregelten Aufgriffsrechte ist von den Beteiligten einvernehmlich festzusetzen. Dieses Einvernehmen muss bis einen Monat vor dem Ausscheidensstichtag hergestellt sein. Steht der Ausscheidens-termin noch nicht fest, ist eine Einigung über den Abtretungspreis innerhalb einer Frist von einem Monat ab dem Zeitpunkt, zu dem feststeht, dass der aufzugreifende Geschäftsanteil zur Gänze aufgegriffen wird, zu erzielen. -----

Kommt es zu keiner fristgerechten Einigung über die Höhe des Abtretungspreises, ist der Abtretungspreis nach dem KFS BW1 Fachgutachten des Fachsenats für Betriebswirtschaft und Organisation des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder über die Unternehmensbewertung zu ermitteln, wobei die jeweils letztgültige Fassung zum Tragen kommt. -----

Der Abtretungspreis zuzüglich der vereinbarten Zinsen von 8 % (acht Prozent) jährlich ab dem Ausscheidensstichtag ist innerhalb von sechs Monaten ab dem Ausscheidensstichtag zur Zahlung fällig. -----

Zwölftens ----- KÜNDIGUNG -----

Jedem Gesellschafter steht das Recht zu, die Gesellschaft zum Ende des Geschäftsjahres unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist durch eingeschriebene Briefe an alle übrigen Gesellschafter und die Geschäftsführung aufzukündigen. -----
Die Aufkündigung hat grundsätzlich die Auflösung der Gesellschaft zur Folge. -----

Die übrigen Gesellschafter sind jedoch in diesem Falle berechtigt, die Gesellschaft fortzusetzen, wenn sie den Geschäftsanteil des kündigenden Gesellschafters im Verhältnis ihrer übernommenen Stammeinlagen zu übernehmen. -----

Macht ein Gesellschafter von diesem Aufgriffsrecht keinen Gebrauch, dann sind die übrigen Gesellschafter zur Übernahme des ganzen Anteiles im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile berechtigt. -----

Der jeweilige Abtretungs- beziehungsweise Übernahmepreis ist nach Maßgabe der im Punkte „Elftens“ dieses Vertrages angeführten Bestimmungen festzusetzen und gilt im übrigen Punkt „Zehntens“ und „Elftens“ sinngemäß. -----

Dreizehtens ----- BEKANNTMACHUNGEN -----

Bekanntmachungen der Gesellschaft an die Gesellschafter werden durch eingeschriebenen Brief an die der Gesellschaft anlässlich der Eintragung in das Firmenbuch beziehungsweise zuletzt bekannt gegebene Anschriften vorgenommen. -----

Vierzehntens ----- GRÜNDUNGSKOSTEN -----

Die mit der Errichtung und Registrierung der Gesellschaft verbundenen Kosten und Abgaben bis zum Höchstbetrag von € 7.000,-- (Euro siebentausend) werden von der Gesellschaft getragen. Die Gründungskosten sind mit der Höhe der tatsächlich aufgewendeten Beträge als Ausgaben in die erste Jahresrechnung einzustellen. -----

Fünftehtens ----- GENERALKLAUSEL -----

Soweit durch diesen Gesellschaftsvertrag in seiner jeweils gültigen Fassung nichts anderes bestimmt wird, gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Gesellschaft mit beschränkter Haftung. -----

Sechzehntens ----- VOLLMACHT -----

Die Vertragsparteien bevollmächtigen hiermit Herrn Doktor Rainer Beck, Rechtsanwalt, 8010 Graz, Keesgasse 7/pt, Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages aus Eigenem vorzunehmen. Diese Bevollmächtigung erstreckt sich ausdrücklich auch auf die Errichtung und Unterfertigung von Nachträgen, Gesellschafterbeschlüssen und Eingabe, soweit diese allenfalls zur Eintragung im Firmenbuch erforderlich sein sollten. -----

Der Machthaber ist ermächtigt, sämtliche Bestimmungen festzulegen, Eingaben zu unterfertigen und alles vorzukehren, damit die Firmenbucheintragung erfolgen kann. -----

Siebzehntens ----- URKUNDENARCHIV -----

Die Partei erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, dass ihr Name, ihr Geburtsdatum und ihre Anschrift, bei juristischen Personen und Personengesellschaften der

Name oder Firmenwortlaut, Sitz und Anschrift sowie die Firmenbuchnummer, der beurkundende Notar, die Geschäftszahl, das Datum dieser Urkunde sowie deren Inhalt im Urkundenarchiv des österreichischen Notariates, das mit Hilfe einer Datenverarbeitungsanlage geführt wird, aufgenommen werden. -----

Die Partei wurde darüber belehrt, dass -----

- die im Urkundenarchiv abgelegten Daten der Verschwiegenheitspflicht nach § 37 (Paragraph siebenunddreißig) Notariatsordnung unterliegen, -----
- der beurkundende Notar oder sein Substitut grundsätzlich unbeschränkten Zugriff zu den von ihm im Urkundenarchiv gespeicherten Daten hat, während andere Notare auf diese Urkunde nur mit Zustimmung desjenigen Zugriff haben, den die Parteien beim Ersuchen auf Speicherung der Urkunde oder später als Berechtigte(n) bezeichnet haben (bei Notariatsakten sind nach dem Willen der Parteien diejenigen berechtigt, denen Ausfertigungen erteilt werden können), und dass nur aufgrund entsprechender gesetzlicher Regelungen oder Abkommen Gerichten, Verwaltungs- oder Finanzbehörden, physischen oder juristischen Personen lesender Zugriff auf die im Urkundenarchiv abgelegten Daten gestattet werden kann. -----

Achtzehntens ----- AUSFERTIGUNGEN -----

Von diesem Notariatsakt können jeder daran beteiligten Person, den Geschäftsführern, den Gesellschaftern und den seinerzeitigen Liquidatoren der Gesellschaft beliebig viele Ausfertigungen erteilt werden. -----

Im Sinne der Bestimmungen des § 51 GmbHG wird beurkundet, dass dieser Wortlaut des Gesellschaftsvertrages der MAKAvA delighted GmbH mit dem Sitz in der politischen Gemeinde Graz -----

- a) in den Punkten **Sechstens** und **Siebentens** mit dem Beschluss der Generalversammlung vom 09.12.2020 (neunten Dezember zweitausendzwanzig) über die Änderung des Gesellschaftsvertrages der MAKAvA delighted GmbH und -----
- b) in den anderen Punkten mit den unverändert gebliebenen Bestimmungen des zuletzt zum Firmenbuch eingereichten vollständigen Wortlautes des Gesellschaftsvertrages der MAKAvA delighted GmbH -----

übereinstimmt. -----

Graz, am 09.12.2020 (neunten Dezember zweitausendzwanzig). -----



Karin Neundlinger
Mag. Karin Neundlinger
 als Substitutin des öffentl. Notars
 Dr. Peter Konradt



Bildmarke des Amtssiegels gemäß §13 Absatz 2 Notariatsordnung.

BILDICHE DARSTELLUNG DER BEURKUNDUNGSSIGNATUR



Unterzeichner	Dr. Peter Konradt öffentliche/r Notar/in für Notariat Dr. Peter Konradt
Datum/Zeit-UTC	2020-12-16T14:05:59Z
Aussteller-Zertifikat	a-sign-Premium-Sig-05
Serien-Nr.	1300167629
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.notar.at/signatur .